



Mit Schwarz-rot droht sozialer Kahlschlag

Der neue Senat aus SPD und CDU hat seinen Haushaltsentwurf dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Im Parlament finden jetzt Haushaltsberatungen statt und Ende des Jahres wird ein Landeshaushalt für die nächsten zwei Jahre beschlossen.

Die im Entwurf vorgesehenen Kürzungen haben zu großem Unmut geführt. Weitreichende Kürzungen sind bei den Schwangerschaftsberatungsstellen geplant. Das ist dramatisch. Denn Frauen brauchen die Beratung, um in dem vorgeschriebenen Zeitraum eine Schwangerschaftsunterbrechung durchführen lassen zu können. Auch Suchberatungsstellen, Gesundheits- und Bildungsprojekte für queere Menschen sowie Pflegeberatungsstellen drohen massive Kürzungen. Die medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen erfährt einen Kahlschlag. Die Auswirkungen sind so groß, dass bei einigen Projekten in Frage steht, ob sie ihre Arbeit, wie bisher, noch weiterführen können.

Immer mehr Berlinerinnen und Berliner geraten durch steigende Mieten sowie

Energie- und Lebensmittelkosten in Not und benötigen vielfältige Beratung und Unterstützung. Um hier Abhilfe zu schaffen, hatte die linke Sozialsenatorin Katja Kipping das „Netzwerk für Wärme“ eingerichtet. Auch das soll nun wegfallen. Die dortigen Unterstützungs- und Beratungsangebote müssen nun, trotz Kürzungen, von den bestehenden Projekten übernommen werden. Und zurecht erwarten diese Beschäftigten und Träger, dass auch ausreichend Mittel für Tarifanpassungen sowie Miet- und Energiekostensteigerungen zur Verfügung stehen. Auch hier gibt es im Haushalt keine ausreichende Vorsorge. Klar werden wir als LINKE entsprechende Änderungsanträge stellen. Doch die Mehrheitsverhältnisse stehen derzeit nicht für das soziale Berlin. Lasst uns das so schnell wie möglich wieder ändern.

Elke Breitenbach
Mitglied des
Abgeordnetenhauses



> Wolkenkuckucksheim

Statt mit der Tram soll der Blankenburger Süden nur mit dem Bus erschlossen werden, bis eine U-Bahn fährt. Das ist Wolkenkuckucksheim, findet unser Autor Wolfram Kempe.

[Weiter auf Seite 3](#)

> Grüner Kiez wird plattgemacht

Am 4. Oktober begann die Gesobau mit Polizei und Wachschatz, die grünen Innenhöfe im Schloßparkkiez einzuzäunen. Bäume sollen gefällt und gegen den Willen des Bezirks die Innenhöfe bebaut werden. Anwohnende wurden von der Gesobau mit Strafanzeigen überzogen.

[Weiter auf Seite 5](#)

> Schwarz-rot stoppt Mietenstopp

SPD und CDU in Berlin stoppen den Mietenstopp. Für Mieter*innen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften drohen nun Mieterhöhungen. Für Menschen mit WBS wird es noch schwieriger, dort bezahlbaren Wohnraum zu bekommen.

[Weiter auf Seite 6](#)

➤ **Auf Kosten der Kleinsten**

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein Eckpfeiler sozialer Infrastruktur. Die Pankower Kinder- und Jugendeinrichtungen bieten kostengünstige Sport- und Bildungsangebote sowie oftmals eine warme Mahlzeit am Tag. Doch gerade in diesem sensiblen Bereich planten GRÜNE, CDU und FDP in Pankow massive Kürzungen - in Zeiten, in denen jedes fünfte Kind in Armut lebt. Die Linksfraktion hatte wochenlang auf die daraus entstehenden Probleme hingewiesen. Erst nach massivem Protest wurde das Nötigste bereitgestellt.



An allen anderen Ecken und Enden wird trotzdem weiterhin gespart. Das betrifft vor allem den Kinderschutz und den Teilhabebereich. Aufgrund personeller Engpässe im Jugendamt verzögert sich die Bewilligung von Therapien und Assistenzen um Monate. Es droht ein Kollaps. Angesichts der Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche ist dieser Zustand nicht hinnehmbar. Die Linksfraktion wird weiterhin an die soziale Verantwortung gegenüber den Bürger*innen Pankows erinnern und genau diese Prioritäten einfordern.



Maria Bigos
Vorsitzende der Linksfraktion

Einladung BVV-Sitzung

am **15. November 2023**

➤ **18. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, im BVV-Saal,
Fröbelstraße 17
(Nähe S Prenzlauer Allee)

Der Notstand wird immer größer

Aus der 17. Tagung der BVV

Am 20. September 2023 tagte die Bezirksverordnetenversammlung Pankow zum 17. Mal in dieser Wahlperiode. Die Sitzung stand ganz im Zeichen der Debatte um den Beschluss des Pankower Haushalts 2024/25.

In den vergangenen Jahren wurden die Haushalte in Pankow stets mit breiter Zustimmung aller demokratischen Parteien verabschiedet. Doch diesmal war es anders. Die Zählgemeinschaft aus Grünen,

hafte Finanzierung. Im Bereich der Hilfen zur Pflege besteht ein dringender Personalbedarf. Pflegekosten können derzeit nicht zeitnah abgerechnet werden. Die Arbeitsrückstände in diesem Bereich sind seit Juni 2022 deutlich angestiegen. Mindestens zwei zusätzliche Stellen für die Entlastung wären notwendig. Die Schaffung einer sechsten Stelle in den kommunalen Begegnungsstätten für Senior*in-



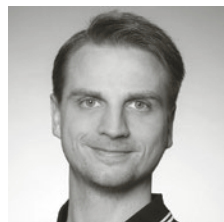
Protest der Kinder- und Jugendprojekte vor der BVV am 20. September 2023

CDU und FDP zeigte keinerlei Interesse daran, sich mit der LINKEN und der SPD zu verständigen. Das Ergebnis: Der Bereich Soziales geht leer aus und im Jugendbereich wurde erst nach großem Protest das Nötigste bereitgestellt.

Die Bedürfnisse der Menschen in Pankow müssen Vorrang haben. Im Bereich Soziales zu sparen, wird fatale Folgen für diesen Bezirk haben. Daher haben wir mit unserem Änderungsantrag dafür gekämpft, die knappen Mittel effektiv dort einzusetzen, wo sie dringend gebraucht werden. Die wenigen aufsuchenden Straßensozialarbeiter*innen, die sich um die steigende Zahl an Obdachlosen im Bezirk kümmern sollen, benötigen eine dauer-

nen sowie die Unterstützung des Projekts „BIB – Kommunale Bewegungsförderung im Bezirk“ sind ebenfalls notwendig, um die Angebote für die steigende Zahl an Senior*innen nicht kürzen zu müssen.

Der Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit sprach sich entschieden gegen Kürzungen und stattdessen für Erhöhungen der Zuschüsse an freie Träger in Pankow aus. Wir werden auch in Zukunft für eine auskömmliche Sozialpolitik streiten.



Maximilian Schirmer
Vorsitzender der Linksfraktion

Rückwärts immer, vorwärts nimmer

Bus statt Bahn in den Blankenburger Süden?

Der Chef der Berliner CDU-Abgeordnetenhausfraktion, Dirk Stettner, glaubt, ein Machtwort gesprochen zu haben. Stettner, bisher als Verkehrs“experte“ eher unterbelichtet, hat beschlossen, dass für die Erschließung der großen Neubauvorhaben in Blankenburg und Karow der Bus als öffentliches Verkehrsmittel ausreiche, bis eine U-Bahn gebaut ist. Von Heinersdorf bis Buch weiß jeder,

Dazu braucht man inklusive aller Streitereien rund fünf Jahre.

All das hat beim Blankenburger Süden stattgefunden, nur wenig ist noch strittig, darunter die Trassenführung der Tram. Dann aber kommt die Stunde derjenigen, denen es noch nie um Verkehr ging, sondern nur ums eigene Fortkommen. Führende Berliner Politiker betrachten neue Verbindungen im Öffentlichen Ver-

mer noch in überfüllte Busse. Trotz aller Versprechen der Politik - oder gerade deswegen.

So wird wieder einmal das Mögliche und Machbare in Berlin nicht getan und stattdessen Wolkenkuckucksheime errichtet. Stettner ist damit nicht alleine. Die Straßenbahnerschließung der Alten Schäferei stellt der Bausenator in Frage. Die Durchbindung der Heidekrautbahn



Die Erholungsanlage Blankenburg wehrt sich, dass die Tram bisher mitten durch ihre Anlage geplant wird.

das völlig unsinnig ist. Damit illustriert der CDU-Mann jedoch eindrucksvoll, warum es in Berlin mit dem Ausbau des Öffentlichen Verkehrs bei Plänen und Versprechungen bleibt, tatsächlich aber nichts passiert.

Verkehringenieure kriegen eine konkrete Aufgabe, zum Beispiel die Erschließung eines neuen Wohngebietes und die Anbindung an das vorhandene Netz, also die Frage: Wie kommt man am intelligentesten zum nächstgelegenen - vorhandenen - S-Bahnhof? Die Vorplanungen beginnen mit einer Bedarfsermittlung: Wieviel Leute müssen transportiert werden? Es folgt ein Verkehrsmittelvergleich: Bus, Straßenbahn und U-Bahn unter dem Aspekt von Kosten und Nutzen sowie eine Festlegung der zukünftigen Trasse.

kehr als persönliches Geschenk an die Bevölkerung, das ihnen Wählerstimmen sichern soll. Dass die Beschenkten die Rechnung bezahlen - was soll's. Es geht gar nicht um Verkehrsfragen, es geht um tolle Bilder bei der Einfahrt in drei oder vier neue S- oder U-Bahnhöfe im Führerstand eines Zuges. Nachdem Frau Giffey für ihren Neuköllner Wahlkreis und Herr Saleh für Spandau (beide SPD) ihre U-Bahn-Verlängerungen haben, will Herr Stettner von der CDU nun seine U-Bahn nach Weißensee. Das hat zwar mit der Erschließung des Blankenburger Südens nichts zu tun, blockiert im Gegenteil das Neubauvorhaben, lässt aber die Karower weiter von einem U-Bahn-Anschluss träumen. Im Märkischen Viertel träumen sie davon seit 1974 - und quetschen sich im-

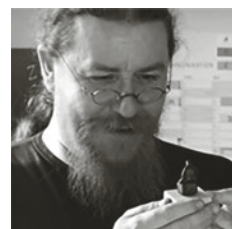


Noch ehemaliges Riesefeld: der Blankenburger Süden

von Wilhelmsruh nach Gesundbrunnen steht auf der Kippe. Von einer Verlängerung der S 75 redet momentan niemand. Man will eine U-Bahn zum Flughafen, ohne auch nur eine Vorstellung davon zu haben, wie in diesen Flughafen nachträglich ein U-Bahnhof integriert werden könnte. Aber wenigstens schließt man die Lücke zwischen Krumme Lanke und Mexikoplatz. 600 Meter, nach 103 Jahren!

Dirk Stettner indes, auch das hat er eine Zeitung wissen lassen, erträumt sich derweil einen öffentlichen Verkehr mit Flugtaxi und Hyperloop. Na dann.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter



Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Ende August 2023 wurde Astrid Landero mit der Pankower Bezirksmedaille geehrt, der höchsten Auszeichnung unseres Bezirkes. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und das Bezirksamt würdigten ihr jahrzehntelanges Engagement für den

Astrid war und ist überzeugt, dass eine strukturelle und nachhaltige Verbesserung der Lebenssituationen von Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen erfolgen muss.

Ein Beispiel: Im Jahr 2012, sie war bereits als Projektleiterin des Frauen-

Ob als eine der Initiatorinnen des Bündnisses „Pankower Frauen* gegen Rechts“, als Mitglied des Arbeitskreises Pankower Frauenprojekte oder bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben im Frauenzentrum – ihre frauenpolitische Arbeit basierte



Verleihung der Bezirksmedaille durch die Bürgermeisterin und den Vorsteher der BVV



Astrid Landero

Bezirk Pankow, insbesondere ihren unermüdlichen Einsatz für Gleichberechtigung, Demokratie und Menschenrechte.

Am 3. Dezember 1989 gründeten mehr als 1.200 Frauen in der Volksbühne den Unabhängigen Frauenverband (UFV). Astrid war dabei und blieb dem Motto des Gründungskongresses bis heute treu: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“

zentrum Paula Panke tätig, organisierte sie eine Veranstaltung unter dem Titel „Wohnen bleiben im Kiez“. Gemeinsam mit dem Frauenbeirat Pankow und weiteren Akteurinnen organisierte sie eine Unterschriftenaktion gegen die Verdrängung in Folge der steigenden Mieten und der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Pankow.

stets auf einem solidarischen, internationalen Grundgedanken. Das beweist auch ihr Engagement in dem neu gegründeten Partnerschaftsverein Pankow-Riwne.

Wir sind sehr froh und stolz, Dich, liebe Astrid „als frauenpolitische Netzwerkerin und überparteiliche Brückenbauerin“ in unseren Reihen zu wissen.

Tina Pfaff

+ + Kurz aus dem Kiez + + + Kurz aus dem Kiez + + + Kurz aus dem Kiez + +

> Inge Deutschkron

Das Gymnasium am Europasportpark hat beschlossen, den Namen der Berliner Ehrenbürgerin Inge Deutschkron zu tragen. Inge Deutschkron überlebte als Jüdin den Holocaust, weil sie von mutigen Menschen vor der Deportation be-



wahrt wurde, so unter anderem von Otto Weidt, in dessen Blindenwerkstatt im Bezirk Mitte sie arbeitete, und von anderen Menschen, bei denen sie Unterschlupf fand. Inge Deutschkron begleitete als Journalistin die Frankfurter Auschwitz-Prozesse ab 1963. Sie setzte sich sehr für die Stillen Helden ein, die Jüdinnen und Juden gerettet haben.

Wir finden: Eine wirklich tolle Entscheidung des Gymnasiums am Europasportpark.

> Fest an der Panke

2023 fiel das traditionsreiche Fest an der Panke aus. Angeblich sei ein Betrei-



ber kurzfristig abgesprungen. Ob dem tatsächlich so war oder das Bezirksamt sich zu spät gekümmert haben könnte, versucht DIE LINKE durch Akteneinsicht herauszufinden.

2024 soll das Fest an der Panke wieder stattfinden, mit weniger Kommerz und mehr Ständen, die die bezirkliche Vielfalt sichtbar machen. Da freuen wir uns drauf.

Klima-Killer

Gesobau und Gaebler unbeirrt auf Betonkurs

Am 4. Oktober hat die Gesobau mit der Verwirklichung ihrer Pläne zu Demolierung der Wohnanlage an der Kavaliertstraße trotz massiver Proteste nicht nur der

meister innerhalb von vier Wochen unterschrieben. In dem Brief wird deutlich gemacht, dass es bei dem Angriff auf die Grünen Höfe des Schlossparkkiezes nicht

sondern auch das politische und soziale Klima egal. Die Missachtung der Ergebnisse der intensiven Bürgerbeteiligung und der Meinungsbildung in den kommunalpolitischen Gremien des Bezirks ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, der fatale Auswirkungen auf die ohnehin schwindende Akzeptanz der demokratischen Institutionen haben wird. Dass die Gesobau und Senator Gaebler die Notlage bei der Unterbringung von Geflüchteten zur Verschleierung ihrer eigentlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen zu instrumentalisieren suchen, ist ein unverzeihlicher Missgriff mit gravierenden Folgen für die Flüchtlings- und Integrationspolitik, der nach personellen Konsequenzen verlangt.



Michail Nelken



Bauzäune und Wachschutz – so sieht es leider aus im Grünen Kiez.

Anwohnenden, sondern breiter Teile der Bevölkerung gestartet. Unter massivem Polizeischutz sowie dem Einsatz eines Sicherheitsdienstes mit Kampfhunden ließ die Gesobau die beiden grünen Höfe einzäunen. Der Zaun wird nun Tag und Nacht bewacht.

Über 3.000 Bürger*innen haben den Offenen Brief an den Regierenden Bürger

nur um Fragen gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse, den Erhalt der Stadtnatur und die Anpassung an den Klimawandel geht, sondern Grundfragen des demokratischen Miteinanders in der Stadtgesellschaft auf dem Spiel stehen.

Denn Gesobau und Senat sind beim Verfolgen ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht nur das ökologische,

Umweltverbände haben eine Eilklage eingereicht, um die Fällungen von mindestens 66 Bäumen zu stoppen. Um den Eilrechtsschutz zu finanzieren, bittet der Grüne Kiez um Spenden:

BUND Landesverband Berlin e.V.

IBAN: DE 55 3702 0500 0003 2888 00

Verwendungszweck: Bauvorhaben Gesobau AG Ossietzkystraße Pankow.

Safe Places für obdachlose Menschen

Aus den unterschiedlichsten Gründen können oder wollen obdachlose Menschen nicht in Unterkünften untergebracht werden. Beispielweise, weil sie ihre Hunde nicht mitnehmen können, weil sie Gewalt erfahren, Suchterkrankungen oder psychische Störungen haben. Diese Menschen sind nicht nur Hitze und Kälte schutzlos ausgeliefert, sondern leben in ständigem Stress vor Überfällen und Gewalt. Daher braucht es Orte, an denen obdachlose Menschen ein Mindestmaß an Schutzraum haben und direkt von den aufsuchenden Straßensozialarbeiter*innen begleitet werden können.

Aus diesem Grund hatte die Linksfraktion in der 15. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) im Juni das Bezirksamt mit einem Antrag ersucht, in Zusammenarbeit mit anderen Bezirken und der zuständigen Senatsverwaltung mehr solche sogenannten „Safeplaces“ für obdachlose Menschen in Pankow einzurichten. Die BVV überwies den Antrag in den Ausschuss für Soziales, Senior*innen und Gesundheit, der den Antrag zur Annahme empfahl. Dieser Empfehlung kam die BVV nach.

Linksfraktion in der BVV



1.10. Start der Kältehilfe

Berliner Kältehilfe weiter ausreichend finanzieren!

> **Ausgezeichnet: Housing First für Frauen**

Ende August 2023 verlieh die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld die Louise-Schroeder-Medaille an das Projekt Housing First für Frauen in Trägerschaft des Sozialdiensts katholischer Frauen e.V. Berlin (SkF).



Das Projekt Housing First für Frauen wurde 2018 mit dem Ziel gegründet, Wohnungslosigkeit von Frauen und Müttern mit ihren Kindern zu beenden. Durch die Anmietung einer eigenen Wohnung soll ihnen ermöglicht werden, in ein würdiges, selbstbestimmtes Leben zurückzufinden. Die eigenen vier Wände sind für alle Menschen ein zentrales Grundbedürfnis. Gleichzeitig bietet eine eigene Wohnung den Frauen einen Schutzraum vor Gewalt, der obdach- und wohnungslose Frauen besonders ausgesetzt sind.

Seit Bestehen des Projektes konnten 77 Wohnungen an wohnungslose Frauen vermittelt werden, davon sechs Wohnungen an Mütter mit Kindern. Die Wohnstabilität liegt bei 100 Prozent. Die Lebenssituation der Frauen hat sich auf vielfältige Weise, vor allem in den Bereichen Zufriedenheit, Gesundheit und Soziales, verbessert.

Es ist ein großes Verdienst von Housing First für Frauen, die Verletzbarkeit wohnungsloser Frauen und das Phänomen ihrer oft verdeckten Wohnungslosigkeit sichtbar zu machen. Damit leistet das Projekt einen wichtigen Beitrag zu Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit.

Tina Pfaff

> **Schwarz-Rot stoppt Mietenstopp**

Kaum hatte der Berliner SPD-Chef Saleh erklärt, dass eine staatliche Regulierung von Mieten wichtig sei, da dreht Schwarz-Rot in Berlin kräftig an der Mietenschraube. Die neue Kooperationsvereinbarung für die ca. öffentlichen 350.000 Woh-



nungen sieht für laufende Mietverträge Mietsteigerungen von jährlich 2,9 Prozent im Durchschnitt vor. Bisher galten - noch unter Linker Verantwortung festgelegt - maximal ein Prozent. Ebenfalls beendet ist der Mietenstopp zum Ausgleich der gestiegenen Energiepreise. Bei Neuvermietungen gibt es gar keine gesonderten Begrenzungen mehr. Quotenvorgaben für die Vergabe von Bestands- und Neubauwohnungen an WBS-Berechtigte werden abgesenkt, sodass zukünftig weniger Wohnungen für Haushalte mit sehr niedrigem Einkommen zur Verfügung stehen werden. Der geplante Neubau soll sich zur Hälfte frei über den Markt finanzieren mit einer Durchschnittsmiete von 15 Euro pro qm. Zudem sollen bis zu zwei Euro je qm für energetische Gebäudesanierung auf die Miete umgelegt werden, was einer Mieterhöhung von ca. 30 Prozent gleichkommen kann.

Das alles trägt in keinerlei Weise zur Dämpfung des angespannten Berliner Wohnungsmarktes bei. Als LINKE fordern wir ein „kommunales Wohnungsbauprogramm“ für preiswerte Wohnungen und eine „Offensive zur Rekommunalisierung von Bauland“, um private Grundstücke für bezahlbaren Neubau zu gewinnen.

Steffen Zillich
Mitglied des Abgeordnetenhauses

> **DW enteignen: Gesetzesvolksentscheid**

Zwei Jahre nach der phänomenalen Zustimmung von fast 60 Prozent der Berliner*innen zu „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ kündigt die Initiative die nächste Runde an: Es wird ein Gesetzesvolksentscheid erarbeitet. Diesmal sollen



die Berliner*innen direkt über das Gesetz abstimmen.

Wir unterstützen diese Pläne und freuen uns darauf, wieder in lila-gelben Westen Unterschriften zu sammeln und für die Zustimmung zum Volksentscheid zu werben. Die Mieten steigen immer weiter und die privaten Konzerne weigern sich, den dringend benötigten (bezahlbaren) Wohnraum zu schaffen. Stattdessen reichen sie die Gewinne aus hohen Mieten als Dividende an ihre Aktionäre weiter. Wohnen ist zu wichtig, um es dem Markt zu überlassen! Die vom Senat eingerichtete Vergesellschaftungskommission hat in ihrem Bericht festgestellt: Vergesellschaftung ist rechtlich möglich, finanzierbar und das beste Mittel, um für dauerhaft leistbaren Wohnraum zu sorgen. Es ist eine Schande, dass der gewonnene Volksentscheid dennoch von CDU und SPD nicht umgesetzt wird.

Als LINKE haben wir eine AG Vergesellschaftung gegründet (dielinke.berlin/vergesellschaftung). Alle, die sich für Vergesellschaftung und bezahlbaren Wohnraum einsetzen möchten, sind herzlich eingeladen mitzumachen!

Martha Kleedörfer
Bezirksvorsitzende Mitte
und
Niklas Schenker
Mitglied des Abgeordnetenhauses

DIE LINKE.
hilft!

Sozial- und Mietenberatung

Do 19. Oktober, 2. & 16. November, 16-17.30 Uhr

kostenlose Erstberatung mit Rechtsanwalt Kay Füßlein
im Wahlkreisbüro von Katrin Seidel, Wisbyer Straße 37
Termine: wahlkreisbuero.linke@posteo.de

EINSTEIGERKURS Smartphone für Senior*innen

jeden 1. Montag im Monat
Linke Spitze, Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
13.45 - 15.45 Uhr – „Fortgeschrittene“
16.00 - 18.00 Uhr – „Neulinge“

Anmeldung erforderlich:
bis eine Woche vor Kurstermin
mit E-Mailadresse oder Telefonnummer
an tina.pfaff@die-linke-pankow.de



★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

19. Oktober • 16:15 Uhr Treffen der AG Jugend der Pankower LINKEN. Du hast Interesse und möchtest gern mitdiskutieren? Dann wende dich an maria.bigos@linksfraktion-pankow.de

10. November • 11 Uhr „60 Jahre Frankfurter Auschwitz Prozess“, Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Eingang West, Saal E. 200 Konrad-Adenauer-Str. 1, 10557 Berlin

20. November • 17 Uhr Treffen der AG Gleichstellung und Diversität der LINKEN Pankow. Du hast Interesse und möchtest gern mitdiskutieren? Dann wende Dich an ag-gleichstellung-diversitaet@die-linke-pankow.de

• **18 Uhr Basistag DIE LINKE Pankow** in der LINKEN Spitze und online

24. November 2023 • 17 Uhr Treffen der AG Soziales. Du hast Interesse und möchtest gern mitdiskutieren? Dann wende Dich an maximilian.schirmer@linksfraktion-pankow.de

24. November • 16 Uhr Landesparteitag DIE LINKE. Berlin

30. November 2023 • 16:15 Uhr Treffen der AG Jugend der Pankower LINKEN. Du hast Interesse und möchtest gern mitdiskutieren? Dann wende dich an maria.bigos@linksfraktion-pankow.de.

13. Dezember • 17:30 Uhr 19. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV), Bezirksamt, BVV-Saal, Fröbelstraße 17 (Nähe S und U Prenzlauer Allee)

15. Dezember 2023 • 17 Uhr Treffen der AG Soziales. Du hast Interesse und möchtest gern mitdiskutieren? Dann wende Dich an maximilian.schirmer@linksfraktion-pankow.de

18. Dezember • 18 Uhr Basistag DIE LINKE Pankow in der LINKEN Spitze und online



Sprechstunde

mit Elke Breitenbach

Mi., 15.11.2023, 16-18 Uhr
Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin

Anmeldung erforderlich

www.elke-breitenbach.berlin



Wir sind doch wieder wer, oder?

Für den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner steht das Vorhaben weit oben auf seiner Must-to-have-Liste. Die Bewerbung Berlins für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2036 hat für ihn Priorität: „Wir



könnten den Gegensatz zu diesen furchtbaren Nazi-Spielen vor 100 Jahren zeigen. Wir könnten zeigen, dass das neue Berlin eine bunte, offene, vielfältige, demokratische Metropole ist.“

Bunt, vielfältig, demokratisch, das waren auch Tribute für Deutschland in den 1920er Jahren. Nach den Verheerungen des Ersten Weltkriegs waren darum 1928 deutsche Sportler auch wieder zu Olympia nach Am-

terdam eingeladen worden. Deren Erfolg dort ermutigte das Olympiakomitee, sich im Mai 1930 um die Austragung der Spiele 1936 zu bewerben. Das Timing hätte besser sein können. Wenige Wochen vorher, im März 1930, scheiterte die Reichsregierung an einer politischen Marginalie, im September gab es Neuwahlen. Die NSDAP stellten danach mit 18,3 Prozent, ein Plus von 15,5 Prozent der Stimmen, plötzlich die zweitstärkste Fraktion im Parlament. Da bekam die gängige Intention, man wolle sich gern wieder international präsentieren und das deutsche Volk hinter einer gemeinsamen Idee versammeln, einen ersten eigenen Drive.

Dass da fast jeder fünfte Deutsche bereits die Nazis gewählt hat, schien niemanden sonderlich zu erschrecken. Und so verkündete im Mai 1931 das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Vergabe der Spiele an Berlin, die „Reichshauptstadt“ hatte sich mit 43:16 Stimmen bei acht Enthaltungen gegen Barcelona durchgesetzt. Im noch demokratischen Deutschland fand die Wählerschaft eine eigenwillige Antwort

Impressum
 Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81
 www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de
 V.i.S.d.P.: Sandra Brunner
 Redaktionsschluß: 5. Oktober 2023
 Satz+Druck: Druckerei Gottschalk, Berlin
 Auflage: 2.000
 Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint im Januar 2024.
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.
 Fotos: Kirsten Wechsberger, Gymnasium am Europasportpark, Elke Breitenbach, Jörg Lemmert, Michail Nelken, Linksfraktion Pankow, Linksfraktion Berlin, Uwe Hiks, Sandra Brunner
 Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin
 IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
 BIC: DEUTDEB110
 Bank: Berliner Bank
 Verwendungszweck: 505 - 810

auf die internationalen Vorschusslorbeeren, sie machte bei Reichstagswahlen 1932 die NSDAP mit 37,3 Prozent zur mit Abstand stärksten Fraktion. Der Rest ist, nun ja, Geschichte. Und heute? In den Umfragen liegt die AfD konstant bei 22 Prozent.

HaSe

★ leicht ★ **SUDOKU – Vitamine für's Gehirn** ★ schwer ★

	2		7	5				
4	6	1					3	
3	5							
			4	7		2		1
		6						
			5	1	2			9
		3				5		2
6	7			8			4	
5				2	1	8		

		7	1			5	4	
		4	9		7	8		
1		2	4					
9				3				
			5				7	6
5			7	6				1
	6					3	5	7
	1			7	4			
	8				5			

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.